



Aktenzeichen: Pet 2-19-02-1101-023592

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 07.07.2022 abschließend beraten und beschlossen:

1. Die Petition den Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis zu geben, soweit das Lobbyregistergesetz nachzuschärfen ist,
2. das Petitionsverfahren im Übrigen abzuschließen.

Begründung

Mit der Petition wird die Einrichtung eines Lobbyregisters beim Deutschen Bundestag gefordert, in dem Unternehmen und Verbände ihre Ausgaben und Einkünfte durch Lobbyarbeit offenlegen müssen.

Zur Begründung wird im Wesentlichen ausgeführt, dass die Themengebiete und Strukturen der Wirtschaft immer komplexer würden. Politikerinnen und Politiker suchten daher offen das Gespräch mit Vertretern der Wirtschaft, Verbänden und Lobbyisten, um sich vor einer Entscheidung Informationen zu wirtschaftlichen Aspekten zu beschaffen. Zwischen einer legitimen Interessenvertretung und einer möglichen Gefährdung demokratischer Grundprinzipien sei jedoch oftmals nur ein sehr schmaler Grat. Ein Lobbyregister könne hier für mehr Transparenz sorgen. Gefordert werde ein Register ähnlich dem, das auf EU-Ebene seit dem Jahr 2008 existiere, jedoch verpflichtend.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zu dem Vorbringen wird auf die Eingabe verwiesen.

Diese wurde als öffentliche Petition auf der Internetseite des Deutschen Bundestages eingestellt. Es gingen 690 Mitzeichnungen sowie 3 Diskussionsbeiträge ein.

Zu diesem Thema liegen dem Petitionsausschuss weitere Eingaben mit verwandter Zielsetzung vor, die wegen des Sachzusammenhangs einer gemeinsamen parlamentarischen Behandlung zugeführt werden. Der Ausschuss bittet daher um Verständnis, dass nicht auf alle vorgetragenen Gesichtspunkte eingegangen werden kann.



Der Petitionsausschuss hat das Verfahren nach § 109 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages eingeleitet und eine Stellungnahme des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung eingeholt, da die Petition einen Gegenstand der Beratung in diesem Fachausschuss betraf. Auf Beschlussempfehlung und Bericht des Fachausschusses auf Drucksache 19/27922 wird verwiesen.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung stellt sich wie folgt dar:

Der Petitionsausschuss begrüßt, dass der Deutsche Bundestag am 25. März 2021 das Gesetz zur Einführung eines Lobbyregisters für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und gegenüber der Bundesregierung (Lobbyregistergesetz) verabschiedet hat.

In diesem müssen sich Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter registrieren, die Kontakt zu Mitgliedern des Bundestages oder der Bundesregierung aufnehmen oder diesen in Auftrag geben, um unmittelbar oder mittelbar Einfluss auf deren Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse zu nehmen.

Das Lobbyregister soll dazu beitragen, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Politik und die Legitimität der Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in Parlament und Regierung zu stärken. Ziel ist es, mehr Transparenz bezüglich des Einflusses von Interessenvertreterinnen und Interessenvertretern auf diesen Prozess zu schaffen.

Die einzutragenden Angaben sowie bestimmte Ausnahmen werden im Gesetz geregelt. Auch eine freiwillige Registrierung ist möglich. Die Eintragung ist für die Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter kostenlos.

Alle Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter, die gesetzlich verpflichtet sind, sich in das Register einzutragen, oder die sich freiwillig dort eintragen, müssen einen Verhaltenskodex akzeptieren, der vom Deutschen Bundestag und der Bundesregierung unter Beteiligung der Zivilgesellschaft festgelegt wird. Interessenvertretung darf nur auf Basis von Offenheit, Transparenz, Ehrlichkeit und Integrität stattfinden.

Werden nicht unerhebliche Verstöße gegen diesen Verhaltenskodex festgestellt, so werden diese Feststellungen im Register veröffentlicht. Auch kann dies Folgen für die Erteilung von Zugangsberechtigungen zum Deutschen Bundestag, für die Beteiligung an öffentlichen Anhörungen der Ausschüsse oder für die Beteiligung von Verbänden und Fachkreisen an Entwürfen von Gesetzesvorlagen der Bundesministerien haben.



Fehlende, unrichtige, unvollständige oder nicht rechtzeitig erfolgte Einträge im Register stellen darüber hinaus Ordnungswidrigkeiten dar, die mit einer Geldbuße von bis zu 50.000 Euro geahndet werden können.

Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 2022 müssen sich eintragungspflichtige Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter im Lobbyregister unverzüglich, also ohne schuldhaftes Zögern, registrieren.

Eintragungen, die innerhalb von zwei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes vorgenommen werden, gelten wegen der Übergangsvorschrift in § 8 des Gesetzes als unverzüglich vorgenommen.

Bis zum 1. März 2022 war die beim Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages geführte "Öffentliche Liste über die beim Bundestag registrierten Verbände" (Lobbyliste) weiterhin gültig, in die sich allerdings nur Verbände, die Interessen gegenüber dem Bundestag oder der Bundesregierung vertreten, eintragen konnten.

Das Lobbyregister wird in elektronischer Form beim Deutschen Bundestag eingerichtet und geführt. Es steht seit dem 3. Januar 2022 auf der Internetseite lobbyregister.bundestag.de zur Verfügung.

Der Petitionsausschuss hält die Forderung, dass Unternehmen und Verbände ihre Ausgaben und Einkünfte durch Lobbyarbeit offenlegen sollten, für jedenfalls erwägenswert.

Der Ausschuss empfiehlt daher, die Petition den Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis zu geben, soweit das Lobbyregistergesetz nachzuschärfen ist, und das Petitionsverfahren im Übrigen abzuschließen.

Der abweichende Antrag der Fraktion DIE LINKE., die Petition den Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis zu geben, wurde mehrheitlich abgelehnt.